

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 24. November 2015

Erziehungsdirektion

53 2015.RRGR.300 Motion 082-2015 Schnegg (Champozy, SVP) Wirksame Unterstützung der Dualausbildung

Vorstoss-Nr.: 082-2015
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 16.03.2015

Eingereicht von: Schnegg (Champozy, SVP) (Sprecher/in)
 Graber (La Neuveville, SVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit gewährt: Nein 19.03.2015

RRB-Nr.: 1056/2015 vom 2. September 2015
Direktion: Erziehungsdirektion

Wirksame Unterstützung der Dualausbildung

Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, einschliesslich bei den zuständigen Behörden, die es erlauben,

1. im technischen Bereich einen Teil der Lehrlingsausbildungskosten Kosten zu übernehmen, um die ausbildenden Unternehmen zu entlasten
2. zusammen mit den Berufsverbänden die Kostenteilung zwischen den Unternehmen und dem Kanton zu definieren und den durch den Kanton zu übernehmenden Betrag festzulegen
3. den Fortbestand der Dualausbildung zu gewährleisten, indem er die Lehrbetriebe unterstützt
4. die Ausbildungsanstrengungen besser auf die Gesamtheit aller Unternehmen und Betriebe zu verteilen

Begründung:

Die Dualausbildung (Lehre), um die uns viele Länder beneiden, hat sich bewährt. Die Schweiz dient den anderen als Vorbild. Letztthin berichteten die Medien über einen diesbezüglichen Austausch mit den USA.

Im Primär- und Tertiärsektor können die Ausbildungskosten zu einem grossen Teil durch die Arbeiten der Lernenden gedeckt werden. Anders sieht es hingegen im Sekundärsektor und insbesondere in den technischen Branchen aus.

Die Ausbildung im Betrieb belastet diese Lehrbetriebe sehr. Die Maschinen, Anlagen, Produktionsmittel, Räumlichkeiten und das Personal, das erforderlich ist, um qualitativ hochstehende Ausbildungen anbieten zu können, bewirken, dass die von den Lernenden durchgeführten Arbeiten die von den Unternehmen in diesem Bereich investierten Gelder bei weitem nicht decken.

Zudem müssen die Unternehmen in diesem Sektor sehr grosse Anstrengungen leisten, um in den technischen Branchen künftige Lehrlinge zu rekrutieren und diese Ausbildungen anzubieten, von denen die industrielle Zukunft unseres Landes abhängt.

Zu erwähnen ist ebenfalls, dass diese Anstrengung nicht gleichermassen von allen betroffenen Betrieben getragen wird, da einige von ihnen darauf verzichten, Lehrstellen anzubieten.

Seit einigen Jahren wird die Aufgabe der Lehrbetriebe durch administrative Auflagen, Vorschriften usw. komplizierter. Zwar haben einige dieser Massnahmen zu einer besseren Qualität der Ausbildung geführt, bei vielen anderen war dies aber nicht der Fall.

Diese Situation erhöht das Risiko, dass immer mehr Betriebe auf die Anstellung von Lehrlingen verzichten, was wiederum zur Folge hat, dass sich immer mehr Jugendliche rein schulischen Ausbil-

dungen zuwenden müssen (Lehrwerkstätten, akademische Studien usw.), die meist vollständig durch die öffentliche Hand finanziert werden.

Es wäre somit sinnvoll, wenn der Staat diese Unternehmen rasch entlasten könnte, indem er einen Teil der Ausbildungskosten übernimmt. Dies wäre auf jeden Fall wesentlich billiger als ähnliche, vom Kanton angebotene Ausbildungen an einer Schule.

Die Schweizer Unternehmen sind heute mit enormen Schwierigkeiten konfrontiert, die teilweise mit dem starken Schweizer Franken zusammenhängen. Um auf einem Markt, wo der Wettbewerb immer grösser wird, überleben zu können, werden sie alle ihre Kosten analysieren und Sparmassnahmen ergreifen müssen. Es wäre daher äusserst sinnvoll, dass der Kanton einen Teil der Kosten übernimmt, die so oder so zu seinen Lasten gehen werden, sollten die Unternehmen gezwungen sein, auf die Ausbildung von Lehrlingen zu verzichten. Ausserdem müssen diese Massnahmen rasch greifen, bevor eine wichtige Kraft unseres Industriegefüges zusammenbricht.

Kann der Kanton die Entwicklung der Anzahl Lehrlinge während der vergangenen zwanzig bis dreissig Jahre sowie der Anzahl Kantonsangestellte (Vollzeitstellen), die für diese Aufgabe angestellt sind (bspw. Zahlen für die Jahre 1990, 2000, 2013 oder 2014), aufzeigen?

Begründung der Dringlichkeit: Die Folgen des starken Frankens auf die Industrie sind gross. Es besteht somit auch ein grosses Risiko, dass viele Unternehmen beschliessen werden, ihren Ausbildungsaufwand zu reduzieren, insbesondere bei der Lehrlingsausbildung im technischen Bereich.

Antwort des Regierungsrats

Der Motionär fordert eine staatliche Beteiligung an den Ausbildungskosten der Lernenden, um die Ausbildungsbetriebe zu entlasten. Er befürchtet, dass sonst insbesondere Unternehmen im technischen Bereich aufgrund des starken Frankens und aufgrund der Belastungen durch administrative Auflagen und Vorschriften die Ausbildung reduzieren könnten.

Einleitend ist festzuhalten, dass der Kostenteiler in der beruflichen Grundbildung in der kantonalen Berufsbildungsgesetzgebung grundsätzlich geregelt ist. Der Staat finanziert neben der Ausbildung in der Berufsfachschule das Qualifikationsverfahren in der betrieblichen Bildung und beteiligt sich an der Finanzierung der überbetrieblichen Kurse (ÜK).

Übernahme zusätzlicher Kosten durch den Kanton

Die Studien von Prof. S. Wolter und M. Strupler¹ zu den Kosten-Nutzen der Berufslehre zeigen, dass die vierjährigen technischen Berufslehren Polymechaniker/Polymechanikerin und Elektroniker/Elektronikerin einen negativen Nettonutzen von Total -31 628 Franken bzw. Total -37 897 Franken über die ganze Lehre haben. Negative Nettonutzen haben auch Informatiker/Informatikerin, Automobil-Mechatroniker/ Automobil-Mechatronikerin und bei den 3-jährigen Lehren Automobilfachleute, Köche/Köchinnen und KV-Lernende. Diese negativen Abschlüsse liegen aber deutlich tiefer (-3000 Franken bis -9300 Franken). Unternehmen können den Nettonutzen wettmachen, wenn sie die Lernenden nach der Lehre weiter beschäftigen. Damit sparen sie Rekrutierungs- und Einarbeitungskosten ein.

Die Betriebe, welche Polymechaniker und Polymechanikerinnen sowie Elektroniker und Elektronikerinnen beschäftigen, sind effektiv von der Frankenstärke besonders betroffen, da sie häufig exportorientierte Unternehmen sind. Vor diesem Hintergrund könnte eine einmalige, befristete Förderaktion für diese Betriebe mit dem Ziel, die Ausbildungsplätze in den Unternehmen zu sichern sowie die Ausbildung von Fachkräften im Hinblick auf bessere Zeiten zu fördern, im Sinne einer Sofortmassnahme geprüft werden.

Denkbar wäre eine einmalige Zahlung von 1000 Franken an die zirka 1000 Lehrverhältnisse Polymechaniker/Polymechanikerin und Elektroniker/Elektronikerin. Dies würde zusätzliche Kosten für den Kanton von 1 Mio. Franken verursachen und den negativen Nettonutzen von zirka -30 000 Franken um weniger als 5 Prozent verringern. Folgekosten als Konsequenz von Forderungen nach einer analogen Förderung weiterer Berufe wären aufgrund des im Vergleich zu den anderen Berufen doch deutlich negativeren Nettonutzens in den zwei genannten Berufen kaum zu erwarten.

Eine solche neue Ausgabe von 1 Mio. Franken für die zusätzliche Unterstützung der dualen Berufsausbildung ist im Budget nicht vorgesehen und bräuchte einen Sonderkredit, dies ohne dass die Wirksamkeit eines solchen Mitteleinsatzes gesichert ist.

Administrativer Aufwand für die Ausbildung

Was den administrativen Aufwand betrifft, teilt der Regierungsrat die Ansicht des Motionärs, dass

¹ Strupler, M & Wolter, S. (2012). Die duale Lehre: eine Erfolgsgeschichte – auch für die Betriebe. Ergebnisse der dritten Kosten-Nutzen-Erhebung der Lehrlingsausbildung in der Schweiz aus der Sicht der Betriebe. Glarus/Chur: Rüegger; S. 84ff, 102
 CONVERT_1592fd098e484f85bf155ecef98e1a 14.12.2015

die Auflagen und Vorschriften in den letzten Jahren zu einer zunehmenden Belastung für die Lehrbetriebe geworden sind. Er weist aber darauf hin, dass der Grossteil dieser Auflagen von der Arbeitswelt selbst, bzw. den Organisationen der Arbeitswelt, verursacht wird und in die Überarbeitung der entsprechenden Bildungsverordnungen einfließt. Um den steigenden Belastungen der Ausbildungsbetriebe entgegenzuwirken hat das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) das Projekt «Vereinfachen Qualifikationsverfahren und Fördern handlungskompetenzorientiertes Prüfen» gestartet

(www.sbfi.admin.ch/berufsbildung/01587/02470/index.html). Der Kanton Bern unterstützt, wie die andern Kantone auch, eine Reduktion der Komplexität, denn auch die Kantone sind selbst Betroffene dieser Auflagen und Vorschriften. Der Kanton Bern kann derzeit die Lehrbetriebe nur insofern unterstützen und entlasten, als er ihnen kontinuierlich mehr elektronische Hilfsmittel zur Erledigung der Aufgaben zur Verfügung stellt.

Entwicklung der Lernendenzahl und der Anzahl Verwaltungsstellen

Die Entwicklung der Lernendenzahl und der Anzahl Verwaltungsstellen für den Bereich betriebliche Bildung (Beratung, Aufsicht, Qualifikationsverfahren) kann für den Zeitraum 1990–2014 nur für die Lernenden vollständig abgebildet werden.

Jahre 1990 – 2014	Anzahl Lernende	Anzahl Vollzeitstellen «Betriebliche Bildung»
1990	25 270	---
2000	25 397	---
2010	29 185	27
2014	29 087	28

Die Erfassung der zuständigen Kantonsangestellten für den Bereich betriebliche Bildung vor 2003 ist nicht möglich, weil das Mittelschul- und Berufsbildungsamt, und damit auch die heutige Abteilung Betriebliche Bildung, erst seit 2003 als eigenständige Organisationseinheit existiert. Damit ist die Vergleichbarkeit der beiden Entwicklungen nicht gewährleistet.

Schlussfolgerungen:

Der Regierungsrat geht mit dem Motionär einig, dass die Unternehmen im technischen Bereich zurzeit sowohl finanziell wie auch bei der Rekrutierung der Lernenden besonders gefordert sind. Die richtigen Lernenden zu finden, ist anspruchsvoll, die administrative Belastung der Ausbildungsbetriebe ist bedeutsam und es wäre vorteilhaft, wenn die Ausbildungsanstrengungen besser auf die Gesamtheit aller Unternehmen und Betriebe verteilt wären.

Bezüglich der zu ergreifenden Massnahmen ist der Regierungsrat hingegen der Meinung, dass der Kostenteiler in der beruflichen Grundbildung in der kantonalen Berufsbildungsgesetzgebung grundsätzlich geregelt ist und sich bewährt hat.

Eine finanziell einmalige, partielle Unterstützung ist ordnungspolitisch nicht opportun. Eine zusätzliche und effektive Unterstützung der Lehrlingsausbildung durch den Staat würde unverhältnismässig hohe Mittel verlangen und ist angesichts der finanziellen Situation des Kantons nicht angezeigt. Die Lehrlingsausbildung gehört zur Investitionspolitik von Branchen und Betrieben.

Wenn mehr Anreize zur Ausbildungsförderung bzw. ein Ausgleich der Belastung unter Branchen und Betrieben geschaffen werden sollte, würde sich der Weg über einen Fonds wahrscheinlich als wirksamere und nachhaltigere Massnahme anbieten. Der zwischenzeitlich aus dem Berner Jura eingegangene Vorstoss (M 128-2015 Hirschi (Moutier, PSA) Création d'un fonds pour la formation professionnelle) wird die Möglichkeit bieten, die Diskussion um eine wirksame Unterstützung der Dualbildung weiter zu führen und auch auszuloten, ob ein Fonds politisch mehrheitsfähig ist.

Aus den oben dargelegten Überlegungen lehnt der Regierungsrat die Motion ab.

Der Regierungsrat beantragt:

Ablehnung

Präsident. Wir kommen zu Traktandum 53. Ich möchte vor der Debatte noch folgende Vorbemerkungen anbringen: Ziffer 4 der Motion wurde zurückgezogen. Die Ziffern 1 bis 3 wurden in ein Postulat umgewandelt. Die Regierung lehnt den Vorstoss ab. Wir führen eine freie Debatte. Der Motionär hat das Wort.

Pierre-Alain Schnegg, Champoz (SVP). De manière à pouvoir discuter sur le fond de la problématique et se donner les moyens de trouver de bonnes solutions, j'ai pris la décision de retirer le point 4, qui aura l'occasion d'être traité via une motion d'ici quelques mois, et de transformer les trois autres points en postulat. Nous sommes certainement tous d'accord pour vanter les mérites de notre système de formation duale. Bien souvent, nous en faisons même un excellent argument de promotion de notre pays et de ses institutions. Malheureusement, cette voie particulièrement intéressante est aujourd'hui de plus en plus menacée, et tout particulièrement dans le secteur industriel. Ce secteur se bat pour pouvoir rester compétitif dans un environnement particulièrement hostile et doit faire face à une concurrence de plus en plus féroce, disposant bien souvent de conditions-cadres plus favorables. Former des apprentis reste encore pour beaucoup d'entreprises une volonté maintes fois répétée. Toutefois, certaines limites financières sont de plus en plus souvent atteintes et obligent certaines entreprises formatrices à se poser des questions de fond concernant l'avenir à donner à cette fonction. Si dans les secteurs primaire et tertiaire, les coûts découlant de l'effort de formation peuvent encore être supportés et être considérés comme un investissement pour l'avenir, il en est tout autrement dans le secteur secondaire. Pour ces branches, et plus particulièrement l'industrie, les investissements pour pouvoir offrir des formations de qualité sont de plus en plus élevés et génèrent des coûts qui ne peuvent plus, ou ne pourront plus, être assumés par les entreprises.

Que feront alors les jeunes qui ne pourront plus se former au travers de la filière duale? Eh bien, ils se retrouveront, dans le meilleur des cas, dans des écoles qui, elles, sont entièrement financées par des fonds publics. Il n'est dès lors pas difficile à comprendre qu'un tel transfert finira par coûter de plus en plus cher aux contribuables. Ma motion est volontairement très ouverte. La proposition de verser une somme par apprenti n'est pas du tout demandée et ressemble malheureusement à une solution de l'arrosoir bien trop souvent utilisée, et qui conduit à de mauvais résultats. Ce que je demande, c'est qu'une discussion de fond puisse être menée avec les associations professionnelles pour une meilleure répartition des charges. La forme que doit prendre une telle répartition est tout à fait ouverte, et des solutions bien plus innovantes que celles proposées dans la réponse peuvent être envisagées, telle qu'une prise en compte fiscale de l'effort de formation, un soutien à l'investissement en faveur de la formation, ou d'autres qui, si tout le monde le désire, permettront de trouver de bonnes solutions pour le bien de notre système de formation. N'oublions pas également que la formation des futurs professionnels est particulièrement nécessaire si nous voulons continuer d'avoir l'industrie comme branche économique dans notre pays. Voulons-nous vraiment pouvoir compter sur ce secteur dans notre canton? Prenons garde à l'affaiblissement du secteur industriel. Des exemples malheureux sont sous nos yeux, dans certains pays qui nous entourent. Alors, ne faisons pas la même erreur, et donnons un signal de soutien à nos industries en soutenant ce postulat.

Präsident. Wie gesagt wurde, wurden die ersten drei Punkte in ein Postulat umgewandelt. Ist das Postulat bestritten? – Ja, dies ist der Fall. Damit haben die Fraktionen das Wort.

Nicola von Greyerz, Bern (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion lehnt diesen Vorstoss auch als Postulat ab. Wir sind der Meinung, dass der Punkt 4, der leider zurückgezogen wurde, am sinnvollsten gewesen wäre. Nun wurde er halt zurückgezogen. Wir haben im Moment nicht zu viele Lehrlinge in dem Bereich, auf den sich der Vorstoss bezieht, sondern eher zu wenige. Wir wissen auch, dass Unternehmen ein grosses Interesse daran haben, Lehrlinge auszubilden. Auch wenn sie unter Umständen während der Ausbildung Mehrausgaben haben, scheint es sich immer noch zu lohnen, Lehrlinge einzustellen. Sonst hätten wir das Problem nicht, dass die Betriebe eher zu wenige Lehrlinge finden. Wir sind auch der Meinung, dass das Giesskannenprinzip, das gemäss diesem Postulat geprüft werden soll, absolut nichts bringt. Wir sind auch etwas erstaunt über den Grossen Rat, der in dieser Session einer Regulierungsbremse zustimmte, während aus derselben Ecke die Forderung kam, die Schweizer Holzwirtschaft zu unterstützen. Nun diskutieren wir über die Forderung, dass die Unternehmen, die sich an der dualen Ausbildung beteiligen, unterstützt werden sollen. Diese Diskrepanz müsste mir einmal jemand erklären. Wir sind der Meinung, dass der Vorstoss von Irma Hirschi, der ja in der Antwort des Regierungsrates erwähnt wurde, der richtige Weg ist. Ich hoffe auch, dass der Rat jetzt nicht wieder unlogisch reagieren wird, und nur weil im Titel «Fonds» steht, gleich Zuckungen bekommt und über den erwähnten Vorstoss nicht einmal nachdenken will. Ein Berufsbildungsfonds ist ein Instrument, welches mithelfen könnte, genau diese Probleme, die im vorliegenden Vorstoss erwähnt wurden, zu lösen.

Vreni Kipfer, Stettlen (BDP). Der duale Bildungsweg ist ein Erfolgsmodell. Ich zweifle nicht daran, dass der Bildungsweg der Lehre uns allen wichtig ist. Dies gilt auch für uns von der BDP. Die Bildung ist uns wichtig, die jungen Leute sollen die Möglichkeit haben, zwischen einer Lehre und einer weiterführenden Schule auszuwählen. Für manchen Jugendlichen ist eine Lehre und vielleicht später der Besuch einer weiterführenden Schule die grosse Chance. In der Lehre geschieht auch sehr viel wichtige Integrationsarbeit. Wir sind allen Betrieben, die Lehrstellen anbieten, und allen Lehrmeistern dankbar für ihre Arbeit. Doch es ist fraglich, ob der vorliegende Vorstoss richtig ist, um die duale Bildung zu unterstützen. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort fest, dass der Kostenteiler in der beruflichen Grundbildung in der kantonalen Berufsbildungsgesetzgebung geregelt ist. Daneben sind die Berufsorganisationen gefordert. Hier wird auch viel getan, zum Beispiel in der Landwirtschaft. Über den Bauernverband bezahlen alle Betriebe einen bestimmten Betrag an die Lehrlingsausbildung. Auch der Schreinermeisterverband des Oberlands kennt ein solches System. Es gibt sicher weitere Beispiele. Die Lehrlingsausbildung gehört zur Investitionspolitik von Branchen und Betrieben. Ein paar Mitglieder der BDP werden das Postulat annehmen, die Mehrheit lehnt jedoch auch dieses ab.

Nathan Güntensperger, Biel/Bienne (glp). Die Grünliberalen sind etwas erstaunt über diesen Vorstoss, der verlangt, dass der Staat die Lehrlingsausbildung in technischen Betrieben unterstützen soll. Nach der Ratslinken letzte Woche begründet jetzt also auch die SVP den Ruf nach staatlichem Geld mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Nationalbank. Ich komme aus Biel, und ich weiss, dass es dort eine grosse Anzahl Unternehmen gibt, die unter der Frankenstärke leiden. Doch es leiden nicht alle gleich stark. Es gibt immer noch viele Unternehmen, die kaum grössere Probleme haben und nach wie vor grössere Gewinne erzielen. Ist es nun richtig, dass der Kanton nach dem Giesskannenprinzip allen Unternehmen aus dieser Branche die Kosten für die Lehrlingsausbildung senkt? Wir sagen nein. Wie der Regierungsrat ausführt, ist die Investition in einen Lehrling eine Investition in die Zukunft des Betriebs und der Branche, genauso wie es eine Investition in die Betriebsmittel, in Forschung oder Modernisierung auch wären. Kommt also als nächstes der Ruf nach staatlichen Investitionshilfen für den Erwerb von Maschinen, oder für Entwicklungsprojekte und Gebäudesanierungen? Da Punkt 4 zurückgezogen wurde, komme ich bereits zum Schluss. Wir empfinden dieses Ansinnen wieder einmal faktisch als Subvention, und wir sind nicht sehr angetan von Subventionen. In diesem Sinne unterstützen wir den Regierungsrat und empfehlen Ihnen den Vorstoss zur Ablehnung.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (SVP). Der Motionär verlangt vom Regierungsrat, die Rahmenbedingungen seien so anzupassen, dass – vereinfacht gesagt – die Unternehmen im Sekundärsektor entlastet werden, und so der Fortbestand der dualen Bildung gewährleistet wird. Diese Entlastungen betreffen unter anderem die Lehrlingsausbildungskosten sowie administrative Auflagen und Vorschriften. Besonders die Unternehmen im sekundären Sektor sind stark von der Frankenstärke betroffen. Hinzu kommt, dass die Ausbildungskosten in den technischen Branchen um ein Vielfaches höher sind als die Ausbildungskosten im Primär- und Tertiärsektor. Dort werden diese zum grössten Teil durch die geleistete Arbeit der Lernenden gedeckt, wie der Motionär gesagt hat. Wie der Motionär ebenfalls erwähnt hat, wird auch befürchtet, dass immer mehr Betriebe auf die Ausbildung von Lernenden verzichten, weil der Aufwand schlicht zu gross ist. Der Besuch von Lehrwerkstätten oder ein Studium sind die Alternativen. Diese Alternativen wiederum werden grösstenteils vom Staat finanziert.

Zu Punkt 1 der Motion: Eine Subventionierung bestimmter Ausbildungsbetriebe lehnen wir klar ab. Es kann nicht sein, dass die rund 1000 Betriebe, die Polymechaniker oder Elektronikerinnen ausbilden, eine einmalige Zahlung von 1000 Franken erhalten. Solche Massnahmen nach dem Giesskannenprinzip sind nicht zielführend und verursachen hohe Kosten bei geringem Nutzen. Subventionen führen oft zu Fehlanreizen. Die Betriebe sollen ausbilden, weil Nachwuchs benötigt wird, und nicht, weil es kostengünstig ist. Zu Punkt 2 der Motion: Gemäss dem kantonalen Berufsbildungsgesetz finanziert der Staat neben der Ausbildung in den Berufsschulen auch das Qualifikationsverfahren bei der beruflichen Bildung. Der Staat beteiligt sich auch an der Finanzierung von überbetrieblichen Kursen mit höchstens 50 Prozent, und an den Ausbildungskosten für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner mit höchstens 30 Prozent. Diese Kostenaufteilung hat sich im Kanton Bern in der Vergangenheit bewährt. Zu erwähnen ist jedoch, dass diese Kostenaufteilung von Kanton zu Kanton verschieden ist. Zu Punkt 3 der Motion: Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass sich die Un-

ternehmen im technischen Bereich in einem besonders schwierigen Umfeld bewegen und behaupten müssen. Dies können wir seiner Schlussfolgerung entnehmen. Eine effiziente Entlastung wären nach unserer Meinung zum Beispiel Steuererleichterungen für Lehrbetriebe oder ein Bonus für einen Lehrbetrieb, der Investitionen tätigt, die der Ausbildung zugute kommen. Der Motionär hat dies auch schon erwähnt. Von überall her werden wir um unser duales Bildungssystem beneidet. Tragen wir also alle, der Staat, die Unternehmen und die anderen beteiligten Akteure, Sorge zu diesem wichtigen und einzigartigen Gut «made in Switzerland». Die SVP-Fraktion unterstützt das Postulat in allen Punkten. Ich bitte Sie, dies ebenfalls zu tun.

Pierre Amstutz, Corgémont (Grüne). La motion demande que le canton aide financièrement les entreprises formatrices dans les branches techniques, de garantir la pérennité de la formation duale et de mieux répartir l'effort de formation dans les entreprises. C'est avec satisfaction que Les Verts constatent que le motionnaire a transformé sa motion en postulat et ils vont dans leur très, très grande majorité appuyer ce postulat. À propos des coûts, le Conseil-exécutif précise que les apprentissages techniques de quatre ans affichent un solde négatif de plus de 30 000 francs sur toute la durée de la formation. Une aide de 1000 francs par apprenti représente toutefois une dépense cantonale supplémentaire de un million de francs, alors que la diminution des charges n'est que de 5 pour cent dans les entreprises. À l'instar du Conseil-exécutif, nous doutons sérieusement de l'efficacité d'une telle mesure. Il faut tout de même rappeler que l'efficacité de notre système dual repose aussi sur le fait que l'apprenti est directement productif à la fin de son apprentissage. L'entreprise n'a donc pas à investir dans la formation d'un nouvel employé si celui-ci continue dans l'entreprise formatrice. Certes, il faut admettre, et ceci se vérifie de plus en plus dans certaines branches de l'industrie, justement là où on doit acheter des machines très coûteuses, on se rend compte que les industries peuvent admettre que les apprentis ne sont plus tellement rentables. À propos des charges administratives, le Conseil-exécutif rappelle que la plupart de ces contraintes, et il faut le souligner, ne sont ni imposées par la Confédération, ni par le canton, il faut donc s'adresser aux bonnes instances. L'acceptation d'un postulat permettra une discussion, justement, à propos de la création d'un fonds. Il y a beaucoup à faire, cela a déjà été dit à cette tribune, et peut-être qu'un fonds bien pensé pourrait apporter quelque chose. Mais profitons de l'occasion de soutenir cette motion sous la forme d'un postulat.

Stefan Oester, Belp (EDU). Als wir diesen Vorstoss lasen, ist uns der erste Punkt, in dem die technischen Berufe angesprochen wurden, schon etwas seltsam erschienen. Es ist klar, dass die duale Ausbildung wichtig ist. Hier haben wir keine Differenz. Wir werden von vielen Ländern um diese Ausbildungsart beneidet. Wir wollen zu einem System, das gut läuft, Sorge tragen. Ich bin froh, dass der Motionär seinen Vorstoss in ein Postulat umgewandelt hat, welches nicht so verbindlich ist und nicht mehr ganz klar festlegt, welche Berufe unterstützt werden sollen. Von den fünf Mitgliedern unserer Fraktion bilden vier Lehrlinge aus. Es handelt sich um Lehrstellen in der Landwirtschaft, in der Arztpraxis, im Verkauf sowie als Installateure. Ich habe mich gefragt, warum denn nur eine einzige Branche unterstützt werden soll. Jetzt haben wir ein Postulat, welches sagt, man wolle hinschauen, und je nach dem Erleichterungen für die Betriebe einführen, die sich heutzutage noch die Mühe nehmen, Lehrlinge auszubilden. Dies ist nicht mehr selbstverständlich, die Konkurrenz macht es zum Teil nicht und hat diesen Aufwand dann nicht. Man bildet Lehrlinge aus, und wenn sie ausgebildet sind, gehen sie zur Konkurrenz, um dort Geld zu verdienen. Für den Betrieb stellt sich dann schon die Frage, ob man für die Mitbewerber junge Leute ausbilden will. Ich fasse zusammen: Die EDU wird das Postulat unterstützen, doch eine Motion hätten wir abgelehnt.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Wir verstehen das Anliegen des Motionärs. Trotzdem lehnen wir diesen Vorstoss auch als Postulat ab, vor allem, weil er, wie schon mehrfach genannt wurde, einseitig ist. Er verlangt nur Verbesserungen für technische Betriebe. Der Kanton soll rund eine Million Franken an ein einziges Berufssegment ausschütten. Wir sind der Meinung, dass die 1000 Franken nicht entscheidend dafür sind, ob ein Betrieb Lernende ausbildet oder nicht. Wir geben auch zu bedenken, dass das Gewerbe gemeinsam mit den Berufsverbänden grosse Anstrengungen in der Berufsbildung unternimmt, und es auch dort berechtigt wäre, weitere Unterstützung zu fordern. Wenn dieser Vorstoss das ganze duale Bildungssystem betroffen und Anreizsysteme geschaffen hätte, zum Beispiel im Steuerbereich, hätte die FDP diesem Vorstoss sicher zustimmen können. Doch wir sprechen hier wie gesagt nur von einem einzigen Wirtschaftszweig. Die Regierung weist in ihrer Antwort auch darauf hin, dass sich der Kostenverteiler, der auf dem Berufsbildungsgesetz ba-

siert, bewährt hat. Wir sind derselben Meinung und lehnen diesen Vorstoss ab.

Vizepräsident Carlos Reinhard übernimmt den Vorsitz.

Christine Grogg-Meyer, Bützberg (EVP). Als wir den Titel der Motion lasen, der von der Unterstützung der dualen Ausbildung handelte, dachten wir zuerst, das sei eine gute Sache. Doch als wir weiterlasen, änderten wir unsere Meinung. Ich möchte nun zuerst auf die ersten beiden Punkte eingehen. Wir haben uns folgende Gedanken gemacht: Es ist unbestritten, dass eine Lehrlingsausbildung im technischen Bereich nicht kostendeckend geleistet werden kann. Es ist auch unbestritten, dass die duale Bildung unser Bildungssystem auszeichnet, und wir die Ausbildung von Lehrlingen als zukünftige Fachkräfte stärken und verbessern wollen. Wir finden jedoch, dass dies hier der falsche Ansatz ist. Dieser kleine finanzielle Anreiz würde immerhin eine Million Franken kosten. Erstens können wir dieses Geld nicht einfach aus dem Ärmel schütteln. Dieselben Leute, die jetzt vom Kanton Geld fordern, haben im Budget mehr Handlungsspielraum verlangt. Zweitens wäre es ungerecht gegenüber anderen Berufsgruppen und könnte ein Präjudiz schaffen, und drittens besteht schon eine gute Kostenbeteiligung des Kantons, welche für alle Berufsgruppen dieselben Regeln beinhaltet. Die Wirtschaftsförderung für bestimmte Unternehmen muss auf einer anderen Ebene stattfinden. Deshalb lehnen wir die beiden ersten Punkte auch als Postulat ab. Sie würden die technischen Berufe einseitig bevorzugen. Punkt 3 könnten wir als Postulat unterstützen in dem Sinne, dass er sich für mehrere Berufe öffnet. Es ist nicht so, dass es zu wenige Betriebe gibt, die Zeit und Geld in die Lehrlingsausbildung investieren. Im weiteren ist im Rahmen der Überarbeitung der Bildungsverordnung ein Abbau, gerade im Bereich der Administration, vorgesehen. Die Lehrbetriebe sollen entlastet werden und mehr Luft haben. Wir denken, dass weitere finanzielle Entlastungen für die Lehrbetriebe noch möglich sein sollten, wenn die Zusammenarbeit weiter verbessert wird. Es geht um die Synergienutzung zwischen den Betrieben bei der Ausbildung von Lehrlingen. Mit der Organisation von überbetrieblichen Kursen, die der Kanton auch unterstützt, findet dies teilweise bereits statt. Deshalb könnten wir den dritten Punkt als Postulat annehmen. Auch für uns wäre der zurückgezogene vierte Punkt am interessantesten gewesen und ist wirklich weiterzuverfolgen, wenn die entsprechende Motion im Rat beraten wird.

Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden.

Roland Näf-Piera, Muri (SP). Wie meine Vorrednerin gesagt hat, setzt man den dritten Punkt des Postulats bereits um. In diesem Sinne beantrage ich für alle drei Punkte auch die Abschreibung. In der Ausbildung an den Schulen spielt die Technik natürlich eine grosse Rolle. Ich nehme an, wir sind uns alle darin einig, dass wir die Verwaltung nicht unnötig mit so einem Vorstoss beschäftigen wollen. Interessanterweise hat sogar die SVP-Sprecherin während rund drei Minuten argumentiert, dass wir keine Subventionen und kein Giesskannenprinzip wollen. Ich dachte schon, die SVP lehne den Vorstoss ab. Doch prompt ist das Gegenteil eingetroffen, was für mich recht überraschend war. Wenn wir dieses Postulat tatsächlich wollen, dann sollten wir es auch gleich abschreiben. Ich möchte noch erwähnen, dass die technischen Fachschulen eine grossartige Arbeit leisten. Wir sind uns darin einig, dass viele technische Unternehmen Schwierigkeiten haben und dass die Ausbildung in diesem Bereich teuer ist. Doch in Form der technischen Fachschulen besteht bereits ein staatliches Angebot. Diese Schulen bilden ausgezeichnete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, die danach in der technischen Industrie arbeiten können.

Irma Hirschi, Moutier (PSA). Le motionnaire formule une proposition dont les objectifs rejoignent ceux visés par une autre intervention, soutenue notamment par le CJB, à savoir celle qui préconise la création d'un fonds de la formation. Une intervention qui doit encore être débattue par notre parlement. Accepter sous la forme de postulat la motion Schnegg pourrait, à mon sens, s'intégrer dans la mise en œuvre du fonds. C'est la raison pour laquelle, personnellement, j'accepterai ce postulat, en attendant du gouvernement qu'il fasse des propositions dans ce sens en réponse à ma motion.

Präsident Marc Jost übernimmt wieder den Vorsitz.

Präsident. Nun wünscht der Motionär nochmals das Wort.

Pierre-Alain Schnegg, Champoz (SVP). J'aimerais revenir sur deux-trois points qui ont été mentionnés durant ce débat. Tout d'abord, la motion ne traite pas uniquement des branches techniques, mais mentionne «plus particulièrement dans les branches techniques». Il n'y a donc absolument pas d'exceptions particulières à faire, même si, on le sait, les coûts dans les branches techniques sont bien supérieurs aux autres. Le deuxième point de mon intervention ne demande pas de subvention arrosoir, mais bien une discussion menée avec les associations professionnelles pour trouver des solutions constructives qui permettent de garantir à long terme la formation duale. Pour terminer, je mentionnerai encore que, si le canton de Berne participe financièrement dans le cadre de la formation, d'autres cantons, et particulièrement le canton de Zurich, y participent d'une manière nettement supérieure.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. Die Motion, die in ein Postulat umgewandelt wurde, verlangt vom Regierungsrat die Prüfung einer stärkeren Beteiligung an den Lehrlingsausbildungskosten. Wir sind mit dem Motionär einig, dass die duale Bildung äusserst wichtig ist. Ich denke, darüber muss ich an dieser Stelle nicht lange reden. Das ist allen klar. Wir sind uns auch darin einig, dass gerade die technischen Betriebe aufgrund des Frankenkurses vor grösseren Schwierigkeiten stehen, und dass man sie in irgendeiner Form unterstützen muss. Wir sind uns hingegen nicht einig, was die direkte Unterstützung der Lehrlingsausbildung durch den Staat betrifft. Zum dualen System gehört, dass die Unternehmen den betrieblichen Teil der Ausbildung übernehmen und auch den Lehrlingslohn bezahlen. Kanton und Bund finanzieren die Berufsschule und das Qualifikationsverfahren und übernehmen einen Anteil der Kosten für die überbetrieblichen Kurse. Die Organisationen der Arbeitswelt organisieren und finanzieren die überbetrieblichen Kurse. Dies ist eine etwas vereinfachte Darstellung, das System ist etwas komplexer. Doch diese Verbundpartnerschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten bewährt. Eine direkte Unterstützung der ausbildenden Betriebe durch den Staat, wie sie in den drei verbleibenden Punkten des Vorstosses verlangt wird, ist diesem System fremd. Es wäre auch ein Tropfen auf einen heissen Stein, wie Sie dem Rechnungsbeispiel entnehmen können. Es ist ein rein theoretisches Rechenbeispiel, die Realität wird wohl nicht ganz so aussehen. Wenn man nun für 1000 Polymechaniker 1000 Franken pro Jahr bezahlen würde, und die Ausbildungskosten für das Unternehmen 30 000 Franken betragen, dann wird niemand deswegen einen zusätzlichen Lehrling anstellen. Aber den Kanton würde diese Massnahme eine Million Franken kosten. Es kann nicht die Zukunft der Berufsbildung sein, dass der Staat die betriebliche Lehrlingsausbildung direkt mitfinanziert. Das ergibt keinen Sinn.

Nun wurde der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt, und es ginge darum, dass wir allfällige Wege prüfen. Es gibt zwei neue Vorstösse, die eingereicht wurden, und die die Diskussion über einen Berufsbildungsfonds neu lancieren. In der Tat: Wenn man schon eine Finanzierung der Ausbildungskosten für Lehrlinge einführen möchte, dann müsste man dies im Rahmen der Verbundpartnerschaft mit den Betrieben gemeinsam tun. Hier sähe ich fast nur den Weg eines Berufsbildungsfonds. Doch dies müsste man genauer anschauen. Die Romandie und der Kanton Zürich kennen dieses Instrument bereits. Betriebe, die nicht ausbilden, bezahlen etwas in diesen Fonds, und die anderen, die sich an der Lehrlingsausbildung beteiligen, erhalten einen Beitrag an die Kosten. Das wäre ein möglicher Weg. Wenn Sie diesen Vorstoss als Postulat überweisen würden, würden wir in diese Richtung gehen, doch man müsste auch andere Wege überprüfen. Es kommen jedoch noch weitere Vorstösse dazu. Der Regierungsrat lehnt den vorliegenden Vorstoss grundsätzlich ab. Sollten Sie den Vorstoss jedoch als Postulat überweisen, würden wir gemeinsam mit den Betrieben Wege suchen und prüfen, ob ein Berufsbildungsfonds ein möglicher Weg wäre. Eventuell wäre auch ein Fonds nur für den Berner Jura denkbar. Doch wie gesagt sind dazu noch weitere Vorstösse hängig. Wir werden nicht genau jenen Weg prüfen, der hier vorgeschlagen wird.

Präsident. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir werden über die drei Ziffern einzeln abstimmen. Ich denke, es sind in den Fraktionen unterschiedliche Haltungen zu den einzelnen Punkten vorhanden. Dann stimmen wir über den Antrag auf Abschreibung ab, falls das Postulat angenommen wird. Dieses Vorgehen ist anscheinend nicht bestritten. Wir kommen zum ersten Punkt des Postulats Schnegg. Wer es annehmen will, stimmt ja, wer es ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 1 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:
Ablehnung als Postulat

CONVERT_1592fd098e484f8f85bf155ecef98e1a 14.12.2015

Ja	54
Nein	76
Enthalten	10

Präsident. Sie haben den ersten Punkt abgelehnt. Wir kommen zu Ziffer 2 als Postulat.

Abstimmung (Ziff. 2 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:
Ablehnung als Postulat

Ja	54
Nein	79
Enthalten	7

Präsident. Auch diese haben Sie abgelehnt. Nun kommen wir zu Ziffer 3 als Postulat.

Abstimmung (Ziff. 3 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:
Annahme als Postulat

Ja	89
Nein	50
Enthalten	1

Präsident. Sie haben Ziffer 3 angenommen. Nun kommen wir zum Antrag auf Abschreibung. Dieser hat sich auf alle drei Ziffern bezogen. Somit stimmen wir über die Abschreibung von Ziffer 3 als Postulat ab.

Abstimmung (Abschreibung Ziff. 3 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:
Ablehnung als Postulat

Ja	79
Nein	59
Enthalten	2

Präsident. Sie haben die Abschreibung angenommen. Dieses Geschäft ist damit bereinigt.